

## **Pressemitteilung des Bürgerbegehren Hirschberg**

### **Neue Einwohner = höhere Einkommensteuer = Mehr Einnahmen für die Gemeinde? Ein Trugschluss**

Die Äußerungen der Befürworter eines Neubaugebietes in den Haushaltsreden lassen leider erkennen, dass die Prinzipien der kommunalen Finanzierung und des damit verbundenen Finanzausgleiches immer noch nicht von allen Gemeinderäten verstanden worden ist. Ansonsten würden keine derartigen Aussagen wie „Hier geht es um die nachhaltige Steigerung der Einkommensteuer“ (CDU) in den Raum gestellt werden.

Wenn sowohl um Einwohner mit niedrigem Einkommen geworben wird (denn es soll ja auch an Anteil an sozialem Wohnungsbau im Neubaugebiet entstehen) als auch um Familien, so stellt sich die Frage, wie das alles zusammen passen soll. Kinder zahlen meist keine, sozial schwache Familien wenig Einkommensteuer. Aber sie erhöhen die Kosten wie zum Beispiel für Kindergärten und Schulen. Ganz zu schweigen, wie bei Grundstückspreisen von bis zu 1000 € pro m<sup>2</sup>, sozialer Wohnungsbau möglich sein soll, ohne massive Förderung. Nicht dass wir die Forderung nach preisgünstigem Wohnen nicht unterstützen, aber man muss sich im Klaren sein, wenn man ökonomisch argumentiert, dass dies kontraproduktiv ist, wenn man nicht sagt, wie das finanziert werden soll.

Ferner ist seit der Diskussion um die Erweiterung des Gewerbegebietes bekannt, dass eine Erhöhung der Steuerkraftsumme (und damit auch eine Erhöhung der Einkommensteuer) zu einer analogen Senkung der Schlüsselzuweisung (= Subvention des Landes an die Kommunen) führt. Darauf hat Fr. Keil im Rahmen der Vorstellung des Haushaltsplanes 2022 explizit hingewiesen. Es verbleiben de facto weniger Einnahmen als gedacht bei der Gemeinde.

Aber es erhöhen sich die Kosten in einem Neubaugebiet, denn Straßen, Kanalisation und Laternen müssen erhalten und erneuert werden. Dafür bedarf es auch Rückstellungen für die Zukunft, die bis dato für alle bisherigen Neubaugebiete schon fehlen. Es ist also keine nachhaltige Steigerung von Einnahmen erkennbar, sondern eine Steigerung von Kosten und Belastungen zukünftiger Generationen im Haushalt. Dabei reden wir noch nicht einmal von zusätzlichen Kosten in der Verwaltung, denn neue Bürger bedeuten mehr Personal oder Überstunden im Rathaus, haben diese auch Ansprüche und bedürfen der Betreuung.

Insofern kann dem Bürgermeister nur zugestimmt werden, dass zunächst eine Wirtschaftlichkeits- und Bedarfsanalyse (Der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung wird der Bestand an Leerstand und dem potentiellen zukünftigen Bestand (demographische Entwicklung) gegenübergestellt) durchgeführt werden sollte, bevor überhaupt weiter an ein Neubaugebiet gedacht wird, welches weiter wertvollen Ackerboden versiegelt und damit die Natur zerstört.